

Organisationsstruktur

Wissenschaftsminister fordert neue Beschlüsse des Senats

Einrichtung von Instituten nach Fachbereichsneugliederung angekündigt

In einem Erlaß hat der Niedersächsische Wissenschaftsminister die Universität Oldenburg definitiv aufgefordert, bis zum 31. Januar neue Beschlüsse zur Organisationsstruktur zu fassen und die Fachbereiche I und III zu teilen. Nach Vorstellungen des Ministers soll ein Fachbereich mit den Fächern Philosophie, Psychologie und Sportwissenschaften sowie ein Fachbereich mit den Fächern Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften gebildet werden. Das Ministerium reagierte damit auf einen Beschluß des Senats vom 6. Dezember, in dem mit sieben gegen sechs Stimmen die Teilung der Fachbereiche I und III sowie die Einrichtung von wissenschaftlichen Instituten abgelehnt worden war. Die Einrichtung wissenschaftlicher Institute will das Ministerium in Angriff nehmen, wenn an der Hochschule kleinere Fachbereiche gebildet sind. Nachfolgend einen Auszug aus dem Erlaß des Ministers:

Weiterhin fordere ich Sie auf, im übrigen an der vom Senat bereits be-

schlossenen Fachbereichsgliederung festzuhalten.

Unklarheit über Ausbau in Wechloy

Noch unklar ist, ob der in Wechloy bereits begonnene Ausbau der Naturwissenschaften mit insgesamt 1700 Studienplätzen in den Fächern Biologie, Chemie, Mathematik und Physik auch in der ursprünglichen Planung stattfinden wird. Nach den Kürzungen der Hochschulmittel durch den Bund um 20 Prozent wird das Land Niedersachsen voraussichtlich insgesamt 100 Millionen Mark bei dem jetzt schon erheblich reduzierten Programm einsparen. Wo gestrichen wird, entscheidet sich auf einer der nächsten Kabinettsitzungen. Zur Debatte stehen, wie aus gut informierten Kreisen bekannt wurde, die Projekte in Osnabrück und Oldenburg wie in Göttingen, wo das Klinikum erweitert werden soll.

das ohnehin schon als Minimalausbau angesehen werden muß, in Frage. Nach Aussagen von Vizepräsident Professor Dr. Peter Köll müßte im Fall von Streichungen voraussichtlich eine neue Planungsphase beginnen, bei der allerdings kein tragbares Gesamtkonzept herauskommen könne, das einem Vergleich im Hinblick auf die Forschungs- und Lehrbedingungen mit anderen Universitäten standhalten könne. Insofern sei eine Kürzung für die Oldenburger Universität nicht hinnehmbar, würde sie doch letztendlich zur Einstellung der Ausbildung in den Naturwissenschaften führen müssen. Schon das jetzige Ausbauprogramm hatte nur unter größten Mühen - mit dem enormen Einsatz der regionalen Interessenvertreter - durchgesetzt werden können - und das, wo die Zahl der Studenten an der Universität überproportional steigt, wie sich auch in diesem Semester gezeigt hat.

Ebenso wie der bisherige Fachbereich 4 haben die bisherigen Fachbereiche 1 und 3 Größenordnungen erreicht, die eine unter den Gesichtspunkten des § 94 Abs. 1 Satz 3 NHG optimale Aufgabenerfüllung behindern. Für den bisherigen Fachbereich 4 hätte eine Unterteilung in zwei neue Fachbereiche für ausreichend gehalten, halte die Unterteilung in vier neue Fachbereiche jedoch für hinreichend plausibel, um sie hinzunehmen. Umso mehr ergäben sich jedoch Disproportionen, wenn die bisherigen Fachbereiche 1 und 3 ungeteilt fortbestünden.

Ich messe den Fächerkomplexen Psychologie und Wirtschaftswissenschaften eine qualitative und quantitative Bedeutung bei, die es verbietet, sie weiterhin Fachbereichen zugeordnet zu lassen, in denen sie jeweils nur einen unter mehreren gleich großen oder gar größeren Fächerkomplexen darstellen. Die Zuordnung weiterer Fächerkomplexe zu den künftig für Psychologie bzw. Wirtschaftswissenschaften zuständigen Fachbereichen ist notwendig, um die Größenverhältnisse dieser Fachbereiche denen der jeweils verbleibenden Fachbereiche anzunähern.

Die sich nach dem Vorstehenden ergebende Fachbereichsgliederung gewährleistet die Erfüllung der Gebote des § 94 Abs. 1 S. 2 und 3 NHG. Sie hat außerdem den Vorteil, daß sie von einer beachtlichen Minderheit des Senats getragen wird.

Ich weise darauf hin, daß ich es über die vorstehend bezeichnete Fachbereichsgliederung hinaus für erforderlich halte, daß an der Universität Oldenburg wissenschaftliche Einrichtungen im Sinne von § 101 NHG gebildet werden. Ich erwäge, nach Abschluß des Verfahrens gemäß § 77 Abs. 7 NHG bezüglich der Fachbereichsgliederung entsprechende Verfahren bezüglich der Bildung von wissenschaftlichen Einrichtungen einzuleiten."

Krumbein in Expertenkommission zur Rettung der Akropolis

Zusammenarbeit mit griechischen Wissenschaftlern vereinbart

Professor Dr. Wolfgang Krumbein, Geomikrobiologe an der Universität Oldenburg, hat als einziger deutscher Teilnehmer an einer Sitzung der UNESCO von 15 Experten zur Rettung der Akropolis teilgenommen. Während der mehrtägigen Sitzung in Athen, die in Anwesenheit des Sekretärs für Denkmalschutz der UNESCO und Vertretern der griechischen Regierung stattfand, wurden nicht nur die Ursachen der verstärkten Zerstörung an der Akropolis diskutiert, sondern auch die gegenwärtig laufenden Rettungsmaßnahmen - wie z.B. der Ersatz der ersten Restaurierung von 1839, die in



Eisen ausgeführt wurden, durch reines Titanium.

Zum Ende der Sitzung wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Einrichtung eines Internationalen Instituts für Restaurierung, Konservierung und Archäometrie" verlangt wird. Finanziert werden soll das Institut durch eine weltweite Spendenaktion, wie dies bisher auch bei der Rettung einiger ägyptischer und italienischer Baudenkmäler der Fall war. Krumbein hat inzwischen mit dem Mikrobiologen der Universität Athen, Professor Anagnostidis eine kontinuierliche Zusammenarbeit vereinbart. Im kommenden Jahr wird sich voraussichtlich ein Doktorand mit den mikrobiologischen Methoden der Arbeitsgruppe Geomi-

krobiologie vertraut machen. An der Universität Oldenburg wird ein Programm „Mikrobiologische Forschung zur Denkmalspflege“ von der VW-Stiftung gefördert.

Stellenstreichungen als Weihnachtsgabe

Fünf von den ursprünglich 47 neuen Stellen im Haushalt 1981 muß die Universität wieder abschreiben. Ein entsprechender Erlaß erreichte die Hochschule kurz vor Weihnachten. Außerdem sollen zwei Stellen aus dem jetzigen Bestand gestrichen werden. Dafür verabschiedete der Senat eine Prioritätenliste mit derzeit unbesetzten Assistentenstellen.

Podiumsdiskussion mit prominenter Beteiligung

Baudissin, Möllemann und Pieczyk sagten zu

Die von der Universitätsleitung angekündigte Podiumsdiskussion zur „Traditionspflege in der Bundeswehr“ wird nunmehr mit prominenter Beteiligung am 2. Februar um 20.00 in der Aula der Universität stattfinden. Zugesagt haben ihre Teilnahme:

- Ex-General Wolf Graf von Baudissin (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg).
- Werner Broll, Oldenburger CDU-Bundestagsabgeordneter.
- Jürgen Möllemann, verteidigungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.
- Dr. Diether Koch, Studiendirektor am wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis (Bremen).
- Willi Pieczyk, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.

Der gleichfalls für die Podiumsdiskussion vorgesehene Kommandeur der Oldenburger 11. Panzergrenadierdivision, Generalmajor Hans-Henning von Sandrart, hat unterdessen seine

Teilnahme abgesagt. Sandrart, der die Position der Bundeswehr vertreten sollte, verwies auf eine Bitte von Bundesverteidigungsminister Apel, führende Bundeswehrvertreter sollten sich bis April mit offiziellen Stellungnahmen zum Thema der öffentlichen Gelöbnisse zurückhalten. Im April will Apel vor dem Deutschen Bundestag die grundsätzliche Haltung seines Hauses darlegen.

Die Podiumsdiskussion war im Herbst vergangenen Jahres von Präsident Dr. Horst Zilleßen angesichts der öffentlichen Rekrutenvereidigung im Stadion am Marschweg angeregt worden. Die Vereidigung hatte innerhalb der Hochschule zum Teil zu geharnischten Protesten geführt.

So wird dann auch erwartet, daß im Rahmen der Diskussion „Traditionspflege in der Bundeswehr“ das Thema öffentliche Rekrutenvereidigung im Mittelpunkt stehen wird. Zilleßen selbst wird die Diskussion leiten.

„Hast du noch Töne?“

Offene Tür bei Musik/Auditive Kommunikation

Den ersten Tag der offenen Tür in diesem Jahr veranstaltet das Fach Musik/Auditive Kommunikation am 28. Januar.

Studierende und Lehrende informieren und unterhalten gemeinsam über Ausbildungsmöglichkeiten des Faches, über musikpraktische Übungen in den Bereichen Klassik, Jazz, Rock, Pop und Folklore. Dazu wird ein Info-Café eingerichtet, Rollenspiele und Führungen durch die Räume des Faches werden das Programm ergänzen. Ferner sind Volkstänze zum Mitmachen, ein Workshop zum Thema „Volkslieder für und gegen Frauen“, eine Vorführung elektroakustischer Geräte und ein Büchertisch vorbereitet worden.

Vorschläge zur weiteren Gestaltung des Tages der offenen Tür können noch bis zum 15. Januar, 12.00, bei der Fachschaft Musik (Postfach beim ASTA) nachgereicht werden.

Die Angehörigen des Faches erwarten, daß die Veranstaltungen am 28. Januar im Kammermusiksaal, in der Aula und in den Fluren des Musiktraktes nicht nur von Interessierten aus der Universität besucht werden, sondern daß auch wieder Schulklassen aus der Region ihren Besuch ankündigen werden.

Programme und nähere Informationen sind zu erhalten bei: Fachschaft Musik an der Oldenburger Universität, täglich von 12.00 - 13.00 (Tel.: 0441-798259).

Gremienwahlen abgesetzt

Gemeinsame Sitzung von Konzil und VV am 21. Januar

In diesem Semester werden keine Gremienwahlen mehr stattfinden. Auf Empfehlung des Senats beschloß der Wahlausschuß, die Wahlen im Sommersemester stattfinden zu lassen. Er zog damit die Konsequenz aus dem Erlaß des Ministers zur Organisationsstruktur, in dem u.a. eine Fachbereichsneugliederung gefordert wird (siehe nebenstehenden Bericht). Es sei unnötig, Wahlen in Fachbereichen abzuhalten, die im kommenden Semester schon gar nicht mehr existierten. Um ein einheitliches Verfahren für die Gremien zu ermöglichen, wurden gleichzeitig auch die Wahlen für

das Konzil und den Senat ins SS 1981 verlegt. So werden in diesem Semester nur die Studenten ihr Parlament wählen.

Wie bereits in einem uni-info extra angekündigt, wird am Mittwoch, dem 21. Januar, 9.00, die ursprünglich eine Woche zuvor geplante Sitzung des Konzils stattfinden. Sie soll mit einer gesamtuniversitären Vollversammlung verbunden werden, um auf breiter Ebene die Konsequenzen aus dem neuesten Erlaß zur Organisationsstruktur diskutieren zu können. Am Nachmittag des gleichen Tages werden dann die Fachbereichsräte zum gleichen Thema tagen.

Immissionsgutachten zur Mülldeponie Nordenham

Arbeitsgruppe Galing zur Problematik von Auftragsgutachten im universitären Wissenschaftsbetrieb

Gefährliche Rückstände aus industrieller Produktion gibt es überall. Sie gibt es auch in Nordenham, wo seit etwa sechs Jahren dafür eine Sondermülldeponie des Landkreises Wesermarsch betrieben und von der PREUSSAG genutzt wird. Für die Verwertung von Sondermüll sind Normen gesetzt, die in Gesetzen und zugehörigen Durchführungsverordnungen niedergelegt sind. Über diese Normen kann - muß - man diskutieren. In der aktuellen Situation aber muß man auch bereit sein, die Frage zu prüfen, ob die gültigen Normen im konkreten Fall eingehalten werden oder eingehalten werden können. Wir prüfen einen solchen Fall - in einem durch uns festgelegten Untersuchungsprogramm - mit wissenschaftlichen Methoden. Die „Arbeitsgruppe Galing“ stellt sich hiermit der hochschulpolitischen Diskussion, da es sich bei der Erstellung eines Auftragsgutachtens um ein Novum für die Universität handelt.

Problemstellung

In Galing bei Nordenham soll eine bestehende Sondermülldeponie erweitert werden. Sie nimmt seit etwa 6 Jahren den sogenannten Jarosit-Schlamm auf, einen Produktionsrückstand der Zinkerzeugung der PREUSSAG in Nordenham. Ein derartiger Produktionsrückstand muß sicher verwahrt werden.

Der bestehende Deponieteil war 1974, d.h. vor Inkrafttreten des Immissionsschutzgesetzes, in Betrieb gegangen. Es handelt sich um ein „Deichquadrat“ von ca. 300 x 300 m Fläche und 8 m Höhe mit Polyethylenplattenabdichtung und Kontrolle eventueller Versickerungen über Drainagen, jedoch mit offener Oberfläche von teils verdünnter Schwefelsäure und teils feuchtem Feststoff. Ein mögliches Versprühen bei Sturm wurde bisher nicht geprüft. Bei der Errichtung der Deponie war die Frage der möglichen Beeinflussung des Grundwassers bereits untersucht worden. Es waren damals sowohl Schutz- als auch Überwachungsaufgaben für die „Wassersseite“ gefordert und festgelegt worden. Für die seit Jahren im Bezirksabfallplan des Landkreises Wesermarsch vorgesehene Erweiterung der Deponiefläche wird nun das Planfeststellungsverfahren notwendig, in dem u.a. eine öffentliche Auslegung aller Planunterlagen und eine öffentliche Erörterung des Erweiterungsvorhabens und der dagegen erhobenen Einwendungen vorgeschrieben sind. Dafür ist nach der heutigen Rechtslage auch ein Gutachten nach dem Bundes-Immissionsschutz-Gesetz notwendig.

Zu untersuchen gibt es insbesondere, ob die Umgebung - vor allem der Nordenhamer Ortsteil Schwewarden und damit auch Tetens - durch Immission aus der vorhandenen und geplanten Deponie über die Atmosphäre belastet werden könnten, und zwar während der gesamten Betriebsdauer der Deponie bis zur abschließenden Rekultivierung. Weiterhin gilt es einzuschätzen, ob durch mögliche Immissionen die städtebauliche Entwicklung der beiden Orte eingeschränkt wird und ob für die an die Deponie angrenzenden landwirtschaftlichen Nutzflächen Nutzungsrestriktionen ausgesprochen werden müssen.

Als wir die Frage nach unserer Bereitschaft und Möglichkeit zur Erstattung eines Gutachtens prüften, stellten wir fest:

Ein derartig unmittelbar im Zusammenhang mit der regionalen Industrie stehender Gutachterauftrag auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist ein Novum für die Universität.

Es handelt sich um eine Problematik, die aktuell und brisant und wegen ihres regionalen Bezuges für uns interessant ist.

Im Rahmen der Erstellung des

Gutachtens würde man mit der grundsätzlichen Problematik der Grenzwertfrage konfrontiert werden.

Die Komplexität der Fragestellung bedingt eine interdisziplinär zusam-

Auftragsgutachten ja oder nein?

Die objektive Grundlage für ein derartiges Gutachten - die Datenbasis - würde nicht auf Analogieschlüssen oder Extrapolationen beruhen müssen, sondern könnte durch Messungen erhoben werden. Die zu prognostizierende Situation besteht grundsätzlich bereits durch die vergleichbare vorhandene Deponie (um 400 m nach NN verschoben) und kann erfaßt werden. Es gab somit eine sichere Grundlage für die Prognose der Immissionen, so daß die grundsätzliche Möglichkeit zur Abgabe eines gegenüber den Betroffenen und der betroffenen Region verantwortbaren Gutachtens bestand. Danach waren vor einer Entscheidung noch folgende Bedingungen zu erfüllen:

Die Datenbasis muß durch uns, in dem von uns für notwendig gehaltenen Umfang, mit den für uns für richtig gehaltenen und auch zu verantwortenden Methoden, sowie ohne Randbedingungen, die nicht durch uns gesetzt werden, erstellbar sein. Diese Grundbedingung muß auch finanziell gesichert sein.

Die Transparenz solcher Unternehmungen wie auch sonstiger „privater“ Forschungsaktivitäten mußte, bis hin zur Klarstellung und Darlegung der finanziellen Randbedingungen gegenüber den Organen der Universität, vollständig gewahrt sein. Inhaltlich bot der Auftrag die Möglichkeit, auf anderem Wege nicht gewinnbare Erfahrungen über die Behandlung flüssiger und schlammförmiger Abfälle im Küstenbereich zu bekommen und damit in die Bestrebungen um Beendigung der Verklappungen in die Nordsee einzusteigen. Weiter erschloß sich ein Zugang zu den Informationen über und der Mitwirkung an der ökologisch-politischen Bearbeitung der Schwermetallbelastung von Nordenham. Schließlich konnte auch die Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in die

Warum nicht Drittmittelvorhaben?

Die Prüfung der Frage, ob und wie der Auftrag - wie gefordert zwischen Juni 80 und Januar 81 - abgewickelt werden könnte und ob die Konstruktion eines Drittmittelvorhabens dazu geeignet sei, ließ eine Reihe von Schwierigkeiten erkennen. Die Bearbeitung durch vorhandene Mitarbeiter in deren Dienstzeit schied wegen Beeinträchtigung von Forschung und Lehre aus. Überstunden als Basis zu nehmen, war für alle Teile und aus grundsätzlichen Erwägungen undisziplinär und nicht genehmigungsfähig. Die Einstellung neuer Mitarbeiter kann wegen der kurzen Laufzeit

Unsere Bedingungen für „private“ Gutachtertätigkeit

Wir als Gutachter müssen die uneingeschränkte Möglichkeit haben, alle Daten, die wir für die Beantwortung der gestellten Frage für notwendig halten, zu messen, zu erheben oder sonstwie in der Weise festzustellen, daß sie eine vertrauenswürdige Basis für eine Gutachtererstattung darstellen.

Die Begutachtung erfolgt allein auf dieser Datenbasis und entsprechend dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Wir haben das Recht der Verwertung der im Rahmen der Arbeit gewonnenen Daten und Meßwerte für wissenschaftliche Publikationen.

Die Erstellung des Gutachtens und

mengesetzte Arbeitsgruppe. Die hierfür notwendigen Fachdisziplinen sind an unserer Universität vorhanden, wobei die Zusammenarbeit bereits im Rahmen der Projektarbeit erfolgreich praktiziert wurde.

Problematik durch unsere Mitwirkung in unserem Einfluß kommen. Ein Teil unserer hochschulpolitischen Aktivität hatte sich stets gegen die fehlende Transparenz der Gutachtertätigkeit und Nebeneinkünfte von Lehrstuhlinhabern gerichtet. Unsere Konsequenz lautet, einen umfangreichen Gutachterauftrag im kollegialen Zusammenwirken aller Beteiligten einschließlich der „jobbenden“ Studenten, in lückenloser Transparenz gegenüber der Universität und der betroffenen Öffentlichkeit, unter Offenlegung der Zwischenergebnisse, der Gesamtergebnisse, der Abrechnung unter Entscheidung der zuständigen Universitätsorgane und Gremien über Höhe und Verwendung der Überschüsse und Nutzungsentgelte abzuwickeln. Z.B. heißt das, daß der Fachbereichsrat IV, die HPK und gegebenenfalls der Senat die vollständige, von einem Steuerbevollmächtigten erstellte Abrechnung erhalten.

Nach einem sehr eingehenden, über weite Strecken auch kontroversen Diskussionsprozeß und nach Beratungen der hochschulrechtlichen und -politischen Fragen mit Kanzler und Dekan haben wir uns entschlossen, in die Verhandlungen mit dem Landkreis Wesermarsch und der PREUSSAG einzutreten. Diese haben schließlich, nachdem die von uns für notwendig und richtig gehaltenen Bedingungen akzeptiert worden waren, zur Übernahme der Aufgabe durch uns geführt. Wir hielten hier die Gelegenheit für gegeben, einmal ein derartiges Gutachten unter den Bedingungen durchzuführen, die wir für notwendig und richtig halten. Vielleicht gelingt es uns, hiermit Normen zu setzen für den Bereich privater Gutachtertätigkeit und sonstiger privater Forschungsaktivitäten, die ja auch in Oldenburg längst etabliert sind.

und wegen der Entwicklung der Forschungsförderungs-Wetterlage, die Drittmittel - Anschlußstellen faktisch ausschließt, nicht in Frage. Mitarbeiter mit auslaufenden Drittmittelverträgen standen im Juni 80 nicht an. Abgesehen davon bestimmt der Drittmittelerlaß (vom 10.12.79, I, 1.2) eindeutig, daß ein Gutachten, wie das vorliegende nicht als Drittmittelvorhaben behandelt werden darf. Es blieb also die Durchführung als Nebentätigkeit mit den (indes erteilten) Nebentätigungsgenehmigungen.

die vorbereitenden Arbeiten dazu erfolgen in Kenntnis aller Betroffenen über die Absicht, ein Gutachten zu erstellen.

Die Durchführung der Arbeiten erfolgt im Einvernehmen mit den betroffenen Anliegern.

Es ist unsere Verpflichtung, das Gutachten so abzufassen, bzw. das Ergebnis des Gutachtens so zu erläutern, daß es auch für Nichtfachleute verständlich ist.

Die Abwicklung des Gutachtens hat in vollständiger Transparenz gegenüber der Universität zu erfolgen, d.h. die zuständigen Organe sind vollständig zu informieren, beson-

ders auch über die finanzielle Abwicklung.

Alle an der Arbeit Beteiligten sind entsprechend ihrem Anteil an der Arbeit zu vergüten. Die einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen sind dabei zu beachten (z.B. Drittmittelerlaß, Nebentätigkeitsverordnungen usw.).

Die Universität erhält ein Nutzungsentgelt für die Inanspruchnahme ihrer Einrichtungen. Überschüsse werden an die Universität abgeführt. Da wir diese Bedingungen für sinnvoll, richtig und notwendig halten, haben wir sie bisher eingehalten und werden sie auch weiterhin einhalten.

Verantwortung übernehmen

Alle wissenschaftliche Aktivität der Universität für die Region bleibt weitgehend unverbindlich, solange es nur um Beraten und Publizieren geht. Die entscheidende neue Qualität ist, daß Universitätsmitglieder auch persönliche Verantwortung für ihre Erkenntnisse und deren Konsequenzen übernehmen. Das geht aber nur über einen an Personen erteilten Gutachterauftrag mit seinen bis in die Haftung für die Richtigkeit der Ergebnisse und Handlungskonsequenzen reichenden Folgen.

Führen die Ergebnisse im konkreten Fall zur Ablehnung der Deponieerweiterung, dann reichen die Folgen bis zu Gefährdung von Arbeitsplätzen in der Größenordnung von Tausend. Führen sie zur Genehmigung

des Antrages auf Deponieerweiterung, dann muß die Unbedenklichkeit zweifelsfrei und für Jahrzehnte bewiesen sein. Nach sechsjähriger Einarbeitung in die ökologischen Probleme des Küstenraumes müssen Universitätsmitglieder soweit sein, daß sie Verantwortung dieser Tragweite übernehmen können, oder wir haben die Zeit seit Gründung der Universität verspielt. Die Universität wird mit Anforderungen dieser Art noch öfter konfrontiert werden. Sie kann sich dann nicht in die norddeutsche Version des Elfenbeinturms, den eingedeichten Sandkasten, zurückziehen.

Wir haben es schließlich für wichtig gehalten, den Prozeß der Entstehung eines Gutachtens aus Meßdaten soweit wie möglich deutlich und nachvollziehbar zu machen: es gibt jeden Freitag 14 Uhr (AVZ 3-145) ein entsprechendes Seminar, in dem das praktische Beispiel Sondermülldeponie Galing behandelt wird.

Arbeitsgruppe Galing
Schuller, Höpner, Straßer
und Mitarbeiter

Kurz notiert • Kurz notiert

Am 24. und 25. Januar findet in Dortmund der VDS-Kongreß „Lehrerbildung und Schule“ statt. Angesprochen werden sollen vor allem Lehrerbildungsstellen und Lehrmittelstreitigkeiten sowie deren Folgen wie z.B. Stundenausfall, mangelndes Kursangebot und überfüllte Klassen. Die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) laden hierzu alle interessierten Schüler, Studenten und Lehrer, aber auch betroffene Eltern ein.

Das Land Niedersachsen wird im Jahre 1981 insgesamt 18,5 Millionen Mark des Niedersächsischen Vorab der Stiftung Volkswagenwerk entsprechend der Stiftungssatzung als zweckgebundene zusätzliche Zuwendung für förderungswürdige Einrichtungen der Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre vergeben.

Die Dringlichkeit intensiver Weiterbildung sei gerade in ländlichen Regionen besonders groß, weil diese wirtschaftlich weitgehend einem Wandel unterworfen seien, aus dem für die Betroffenen berufliche Gefährdung und soziale Unsicherheit entstehe. Angesichts der Tatsache, daß 45 Prozent der Bevölkerung Niedersachsens in Ortschaften bis zu 5.000 Einwohnern, also in ausgesprochen ländlichen Regionen lebe, komme daher den Heimvolkshochschulen als Forum zur Meinungsbildung, als Ort des Dialogs und der Kontrolle, der Anregung, der Kritik und des Impulses in diesem Lande eine besondere Bedeutung zu. Dies erklärte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Eduard Pestel (CDU) anlässlich der Einweihungsfeier für ein neues Unterakademiegebäude der ländlichen Heimvolkshochschule in Goslar.

Die deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) richtet ein neues Schwerpunktprogramm zum Thema „Persistierende Virusinfektionen: Molekulare Mechanismen und Pathogenese“ ein. Ein weiteres Schwerpunktprogramm: Stoffwechsel unter Extrem-

bedingungen. In diesem Schwerpunktprogramm sollen Arbeiten gefördert werden, die folgenden Themenkreisen angehören: Energieeffizienter Stoffwechsel, Nahrungs- und Stoffaufnahme, Atmung und Gastransport, Wasser- und Mineralhaushalt.

Eine Deutsch-Französische Gesellschaft für Wissenschaft und Technologie wurde in Paris gegründet. Sie besteht aus zwei nationalen Gruppen, die sich vorgenommen haben, die Beziehungen zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft in Deutschland und Frankreich zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, will die Gesellschaft Fachkolloquien und öffentliche Vorträge veranstalten und fördern, Besuche in öffentlichen und industriellen Forschungseinrichtungen vermitteln und die Übersetzung von wissenschaftlichen Publikationen betreiben, die sich an einen größeren Leserkreis wenden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird sie dabei auf das zwischen der Grundlagenforschung und der industriellen Entwicklung liegende Gebiet der angewandten Forschung richten.

Noch bis zum 1. Februar 1981 können sich Promovierte oder kurz vor der Promotion stehende Natur- und Ingenieurwissenschaftler für ein Stipendium beim DAAD bewerben, das vom Wissenschaftsausschuß der NATO ausgeschrieben wurde.

GraföG-Stipendien für Promotionen

Ab 1. März kann die Universität Oldenburg wiederum acht Stipendien für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach dem Graduiertenförderungsgesetz (GraföG) vergeben. Vornehmlich werden in diesem Bereich damit Promotionsvorhaben, soweit sie einen wichtigen Beitrag zur Forschung erwarten lassen, damit gefördert. Antragsformulare und Auskünfte sind bei Frau Ilona Neuhaus, Raum A 209, in der Zeit von 9.00-12.00 und 14.00-15.00 zu erhalten. Antragsschluß: 1. März 1981.

Regelanfrage wird eingeschränkt

Nach einer Veröffentlichung des regierungsnahen „Rundblick“ plant das Kabinett in Hannover, bei der Novellierung des niedersächsischen Hochschulgesetzes die Regelanfrage bei der Einstellung von Lehrbeauftragten auf eine neue rechtliche Grundlage zu stellen. Danach soll zwar eine Bejahung der Grundordnung verlangt werden, wie sie das Beamtenrecht fordert; allerdings soll es nicht in jedem Einzelfall zu einer Regelanfrage kommen, mit der sonst erklärt wird, ob gegen einen Bewerber sogenannte gerichtsverwertbare Erkenntnisse vorliegen. Lehraufträge können dann nicht verlängert werden, wenn der Lehrbeauftragte sich als Gegner der Grundordnung erweist. Ausländische Lehrbeauftragte dürfen die Verfassung nicht aktiv bekämpfen.



Norwegisches Fernsehen über Namensgebung

Im Rahmen einer einstündigen Sendung über Ossietzky hat das Norwegische Fernsehen auch über die verhinderte Namensgebung der Universität Oldenburg nach dem Friedensnobelpreisträger berichtet. In dem Zehn-Minuten-Streifen trat u.a. die Oldenburger „Gruppe Carl von Ossietzky“ auf. Foto: Koopmann

Oldenburger Beitrag zur Ausstellung „Widerstand in Deutschland von 1933 - 1945“

Vom 21. Januar bis 11. Februar 1981 wird im Rathaus von Groningen in gemeinsamer Trägerschaft der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden und des Bürgermeisters der Stadt Groningen eine Ausstellung zum „Widerstand in Deutschland 1933 - 1945“ gezeigt. Die Ausstellung, an der die Universität Oldenburg mit eigenen Beiträgen beteiligt ist, wird von Bürgermeister A.G. Buitter und Botschafter G. Fischer eröffnet; als Hauptredner wird der Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen, Hans Koschnick, sprechen.

Die Initiative zu dieser Ausstellung ist von der Deutschen Botschaft ausgegangen. Ziel der Ausstellung, die vor einiger Zeit in ähnlicher Form schon einmal mit großem Erfolg in Amsterdam gezeigt worden ist, ist die Darstellung verschiedener Formen

des Widerstandes gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft. Die Universität Oldenburg wurde aufgrund ihres Kooperationsvertrages mit der Rijksuniversiteit te Groningen, die sich ebenfalls an der Ausstellung beteiligt, und wegen ihres politischen und wissenschaftlichen Engagements für den Publizisten und Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky von der Deutschen Botschaft zur Teilnahme an der Ausstellung eingeladen. Ihr Beitrag widmet sich insbesondere dem regionalen, grenzüberschreitenden Widerstand in Ostfriesland/Groningen, der Geschichte der Emslandlager sowie dem Leben und Werk Carl von Ossietzky. Hierzu werden Bilder, Dokumente und Landkarten ausgestellt werden; außerdem werden Videofilme mit Interviews ehemaliger Widerstandskämpfer sowie Dias gezeigt. Abends findet in der Universität

Groningen, veranstaltet vom studium generale der Universität Groningen, eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden“ unter anderem mit Bürgermeister Koschnick statt.

Prof. Simon 70 Jahre alt

Am 22. Dezember vollendete Professor Günther Simon, emeritierter Hochschullehrer für Chemie und ihre Didaktik an der Universität Oldenburg, sein 70. Lebensjahr. Über drei Jahrzehnte lang hat er an der Pädagogischen Hochschule und der Universität Oldenburg Lehrer in den Fächern Chemie und Physik aus- und fortgebildet. Simon wurde in Oldenburg geboren und besuchte hier das damalige Realgymnasium, das jetzige Alte Gymnasium. Nach seinem Studium in Marburg und Kiel unterrichtete er zunächst an der Cäcilien- und an der Marien-Hochschule, bevor er 1942 als Dozent an die Lehrerbildungsanstalt berufen wurde, die in den letzten Kriegsjahren nach Vechna ausgelagert war. Es gelang Simon, wertvolle Bestände der physikalischen und chemischen Sammlung vor der drohenden Vernichtung zu retten. Als nach dem Krieg die Lehrerbildung in Oldenburg wieder aufgenommen wurde, war er von Anfang an dabei. Auch als Hochschullehrer blieb er mit der Schulpraxis verbunden, indem er jahrelang an der Walschule Physik und Chemie unterrichtete. Dies schlug sich in seinen Vorlesungen, Übungen und zahlreichen Veröffentlichungen nieder. Er schrieb Schulbücher und viele Arbeiten auf didaktischem Gebiet; darüber hinaus spiegeln Veröffentlichungen zur Geschichte der Chemie, zur Geschichte des naturwissenschaftlichen Unterrichts sowie zu fachlichen Themen in Physik und Chemie seine besonderen Interessengebiete wider. Seine hohe didaktische Begabung hat einer ganzen Generation von Lehrern das Rüstzeug für die Arbeit in den naturwissenschaftlichen Fächern mit auf den Weg gegeben. Das Fach Chemie an der Universität Oldenburg veranstaltet Professor Simon zu Ehren am 19. Januar 1981 um 17.00 Uhr in Hörsaal G ein öffentliches Kolloquium. Mariechen Lüpkes

Projektveröffentlichung zur Regionalgeschichte

Unter dem Titel „Regionalgeschichte - Probleme und Beispiele“ haben die Historiker Professor Dr. Ernst Hinrichs und Wilhelm Norden jetzt eine gemeinsame Publikation vorgelegt, die auf Arbeitsvorhaben des Projektes „Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg/Ostfriesland“ in den Jahren 1975 - 1977 zurückgeht (Verlag August Lax, Hildesheim 1980, DM 56,-). Das Buch ist als Band 34 der „Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen“ erschienen. Es enthält eine Studie über „Demographische Strukturen in zwei oldenburgischen Landgemeinden (Altenesch und Wardenburg) zwischen 1700 und 1850“ (E. Hinrichs; W. Norden), einen Beitrag zur „Alphabetisierung in der oldenburgischen Küstenmarsch im 17. und 18. Jahrhundert“ (W. Norden), eine studentische Arbeit über „Hebammen und Hebammenwesen in Oldenburg am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts“ (B. Menssen und A.-M. Taube) sowie zwei theoretische Skizzen zu Fragen der regionalen Sozialgeschichte und der regionalen Aufklärungsforschung (E. Hinrichs). Allen Beiträgen ist der Vorsitz gemeinsam, zeitgemäße Fragestellungen und Methoden der Geschichtswissenschaft, wie sie insbesondere in Frankreich und in den angelsächsischen Ländern entwickelt worden sind, aufzunehmen und für die landesgeschichtliche Forschung nutzbar zu machen. Wir drücken nachfolgend die Vorbemerkung der Autoren ab:

„Dieser Band soll einen Arbeitsprozess dokumentieren, nicht endgültige „fertige“ Forschungsergebnisse. Er ist Ausdruck einer überraschenden Erfahrung, die seine Autoren machten, als sie in der Mitte der siebziger Jahre an die neugegründete Universität Oldenburg berufen wurden und sich vor die Aufgabe gestellt sahen, Studenten der Geschichte an einer Universität auszubilden, die in ihrer Grundordnung zwei zentrale Studienmerkmale beschrieben hatte: das Projektstudium als forschungs- und zugleich berufsbezogene Studienform sowie den Regionsbezug als einen wesentlichen Bestandteil der geplanten Studieninhalte. Wie mußte geplant werden, wenn man sich - grundordnungsgemäß - auf die Region einließ, in diesem Fall auf ihre Geschichte? Mit welchen Inhalten sollte man den verhältnismäßig großen Studienzeitraum ausfüllen, den das Projektstudium den Lehrenden und Studenten anbot, ja, vorschrieb? Die Schritte, die unternommen wurden, waren schwierig und lagen doch sehr nah. Erprobte Modelle einer Bearbeitung regionalgeschichtlicher Inhalte fehlten oder drängten sich zumindest nicht auf. Gewiß, an den älteren Universitäten wurde überall Landesgeschichte gelehrt, die vor allem im mittelalterlichen Bereich fruchtbar in den allgemeinen Forschungs- und Lehrprozess ausstrahlte. Doch keine dieser Universitäten bot ein curriculares Vorbild dafür, regionsbezogene Themen zum zentralen, ja, einzigen Lehrinhalt mehrerer Semester zu erheben. War dies überhaupt ein gangbarer und verantwortbarer Weg? Und wie würde er aussehen in einer Region, deren politische, soziale und wirtschaftliche Geschichte sich nicht gerade aufdrängt, um Geschichtsstudenten am Beispiel des Besonderen, Regionalen mit Strukturen, Prozessen, Wandlungen und Ereignissen vertraut zu machen, die ihnen das notwendige Verständnis für das Allgemeine, Überregionale vermitteln? Daß solche berechtigten Fragen den Plan nicht zum Scheitern brachten, lag an Ermütigungen, die aus anderer Richtung kamen.

Die moderne Geschichtswissenschaft, sofern sie sich als Sozialgeschichte versteht und die sozialwis-

senschaftlichen Forschungstechniken adaptiert hat, ist in den letzten Jahren in erstaunlichem Maße auf die regionale und lokale Feldforschung verwiesen worden. Methodische und technische Anforderungen der Forschungsarbeit drängen die Historiker hier, nicht nur in Deutschland, sondern, zum Teil erheblich früher, in allen nationalen Geschichtswissenschaften auf einen Weg, den auch die Intensivierung und Präzisierung der sozialgeschichtlichen Fragestellungen und Konzeptionen immer deutlicher vorzeichnen. Vor allem die für die allgemeine Sozialgeschichte inzwischen unabdingbar gewordenen Spezialdisziplinen - die historische Demographie, die historische Familienforschung, die Industrialisierungsforschung, die Erforschung der sozialen Schichtungen u.a. - lassen sich sinnvoll nur am lokalen und regionalen Beispiel betreiben, von dem aus allmählich eine Generalisierung oder ein Vergleich möglich wird. Aus dieser „Not“ einer sich aus technischen wie konzeptionellen Gründen wandelnden Forschungsstrategie wurde im Rahmen der Oldenburger Bemühungen die „Tugend“ eines mehrerstrigen Lehr- und Forschungsplanes, in dessen Zentrum nun in der Tat die Universität umgebende Region stand, nicht nur und nicht einmal in erster Linie, um spezifisch regionale Besonderheiten herauszuarbeiten, sondern vor allem, um das Material, die Anschauung und den unmittelbaren Gegenwarts- und Raumbezug, den diese Region anbot, im Sinne allgemeiner, anderswo schon erprobter oder in der Erprobung befindlicher Methoden und Fragestellungen zu nutzen.

Der vorliegende Band ist ein erstes Ergebnis dieser Bemühungen. Er stellt aus der Arbeit, die im Oldenburger Projekt „Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg/Ostfriesland“ von Historikern und Politologen in Angriff genommen wurde, einige die Frühe Neuzeit betreffende Beiträge heraus. Sie sind nicht repräsentativ für die gesamte Projektarbeit und spiegeln nicht sämtliche Möglichkeiten erfolgreicher regionalgeschichtlicher Ansätze in der Nordwestregion. Sie verdanken ihr Entstehen jeweils einer glücklichen Quellenlage und der banalen Tatsache, daß sie, im Gegensatz zu anderen, relativ schnell fertig wurden und präsentabel erschienen. Daß jeweils ein Beitrag der historischen Demographie, der historischen Bildungsforschung und der Geschichte des Gesundheitswesens zuordnen ist, erscheint den Autoren als glücklicher Zufall - handelt es sich dabei doch um Forschungsfelder, die sich, zumindest unter Früh-Neuzeit-Historikern, gegenwärtig einer besonderen Aufmerksamkeit erfreuen. Die Möglichkeiten und Grenzen einer Einordnung dieser Beiträge in die allgemeine Forschungssituation sollen in kurzen Vorbemerkungen an Ort und Stelle jeweils gesondert aufgezeigt werden.

Den drei Fallstudien sind zwei prospektive Skizzen vorangestellt, die einige die Projektarbeit begleitende Überlegungen wiedergeben und zugleich weitere Richtung andeuten, in die sie weitergetrieben werden soll. Der „regionalen Sozialgeschichte“ wird hier weder ein Programmcharakter zugelegt, noch tritt sie mit einem exklusiven Geltungsanspruch auf. Der Terminus erscheint vielmehr geeignet, Aktivitäten zu beschreiben, die sich gegenwärtig in der Geschichtsforschung vieler regionaler Universitäten abzeichnen. Es wird sich zeigen, ob in fernerer Zukunft von ihnen aus weitere und größere Schritte getan werden können, die die notwendige Generalisierung und den notwendigen Vergleich ermöglichen. E.H. W.N.

Kempowski-Seminar

Der Schriftsteller und Lehrer Walter Kempowski, Lehrbeauftragter im Fach Germanistik, wird sein Blockseminar zum Thema „Ordnungen und Bauformen“ am Mittwoch, dem 28. Januar 1981, und Donnerstag, dem 29. Januar 1981, in Nartum jeweils von 10.00 - 20.00 halten. An- und Abreise erfolgt per Bus (kostenfrei), Abfahrt ist jeweils 8.30 vor dem Haupteingang der Zentralbibliothek Uhlhornsweg. Für preisgünstiges Mittagessen und einen Imbiß wird gesorgt. Eingeladen sind Studenten aller Fächer und auch andere Mitglieder der Universität. Um eine Anmeldung in der Geschäftsstelle des

Fachbereichs 2 (VG 404) wird ab sofort gebeten (Liste liegt aus). Der Schriftsteller stellt im Rahmen des Seminars Prinzipien der Organisation von Material künstlerischen Ausdrucks in Architektur, Musik und Dichtung vor und interpretiert sie an konkreten Beispielen. Ein Schwergewicht wird dabei auf den von ihm selbst entwickelten Verfahren liegen. Da Kempowski immer versucht hat, seine künstlerische mit der pädagogischen Arbeit zu verbinden, hat er sich Organisationsprinzipien angeeignet, die er in beiden Bereichen einsetzt. „Herstellung von Ordnung im Unterricht“ wird deshalb ein Unterthema des Seminars sein.

28.1. morgens
„Anfänge, Auftakte und Vorräume“: Wie man überhaupt etwas anfängt; Anfänge in Dichtung, Musik und Architektur. An Beispielen.
nachmittags
Bauformen in der Unterrichtspraxis: Kempowski führt einige Beispiele traditioneller Unterrichts-Bauformen vor (nach Herbart, B. Otto, P. Petersen) und erarbeitet zusammen mit dem Seminar flexible Bauformen für die aktuelle Praxis.

29.1. morgens
„Führungen“: Das von Kempowski zu einem 0-Ton-Hörspiel gesammelte Material wird vorgestellt. Zusammen mit den Seminarteilnehmern wird eine Partitur für das Hörspiel erarbeitet.

nachmittags
„Beethovens V. - von Walter Kempowski“: Zu diesem mehrfach gesendeten 0-Ton-Hörspiel soll mit den Seminarteilnehmern die Partitur rekonstruiert werden.

Hinweise zum dritten Studienabschnitt

1. Durch den veränderten Standort der Postfächer ist die Anschlagtafel des ZpB in der Uni bis auf weiteres verlegt worden. Das Anschlagbrett befindet sich nunmehr neben dem Kiosk im Bauteil B.
2. Für diejenigen Studenten - insbesondere im S.I.-Bereich-, die normalerweise ab 1.8.81 das upH im 3. StA durchzuführen haben, besteht die Möglichkeit, bereits zum 1.2.82 eine vorgezogene Praxisphase zu absolvieren, da noch einige freie Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Interessenten müssen einen entsprechenden Antrag stellen zum 1.2.81 für das upH ab 1.2.82. (Antrags- und Anmeldeformulare erhältlich im ZpB bei Frau Außerbauer, Zi. 006).

Leserbrief

Inzwischen lese ich das Uni-Info seit sechs Jahren. Dabei sind mir in der letzten Zeit einige Veränderungen aufgefallen, die bei mir die Frage hervorrufen, ob diese Veränderungen tatsächlich im Sinne dieser Universität sind, die zwar eine kurze aber doch prägnante Tradition hat.

1. Der Hinweis auf den von der Hochschule beschlossenen Namen Carl von Ossietzky Universität war beim Übergang zum neuen Druckverfahren sehr viel kleiner geworden. Eine Begründung dafür hatten die Leser nicht erfahren. Dann verschwand der Hinweis ganz - aufgrund eines Senatsbeschlusses. Man kann als Begründung sicher das für die Universität negative Gerichtsurteil anführen, einer sich für ihre Beschlüsse einsetzenden Universität entspricht das Verfahren aber nicht. Eine vom Senat eingesetzte Arbeitsgruppe wird in Kürze Vorschläge unterbreiten, die unter anderem eine Wiederaufnahme eines entsprechenden Hinweises vorsehen.

2. Die „Personalien“ auf der letzten Seite waren zunächst nicht nach Statusgruppen geordnet - das kannte ich von anderen Hochschulen nicht. Man könnte so etwas sogar für einen Ausdruck eines demokratischen Selbstverständnisses der Universität halten, alle arbeiten gemeinsam. Seit einigen Nummern ist die Liste nun dreigeteilt, erst natürlich die Professoren, über deren Arbeit auch inhaltlich berichtet wird, dann wird von den wissenschaftlichen Mitarbeitern und schließlich von den „Sonstigen“ lediglich noch die Einstellung mitgeteilt. Was ist damit bezweckt? Eine bessere Aufendarstellung? Für wen eigentlich?

3. Nun zur Nummer 15 + 16/80. Wird das Uni-Info eine Art Hofpostille? Das „Grüne Blatt“ auf (fast) akademischem Niveau? Wen soll eigentlich die Bidlunterschrift informieren, daß Dr. Jürgen Weißbach im Gespräch mit Dr. Karlheinz Fischer ist? Oder ist das nur ein Vorwand, um den DGB wieder ins Gespräch zu bringen, wenn auch nur in Gestalt eines angeblich aufmerksamen Zuhörers? Bei der Amtseinführung des Präsidenten war vom DGB jedenfalls nicht die Rede. Dahingegen vermisste ich die Dokumentation der von den Kommilitonen der Fachhochschule vorgetragenen Forderungen, die auch der Staatssekretär nicht entgegennehmen wollte. Auch ein Foto der Demonstration der FHS-Studenten hätte zu einer etwas vollständigeren Wiedergabe der Veranstaltung geführt. Sicher - die FHS gehört nicht zur Universität, aber das ist doch wohl kein Grund für eine „Ausblendung“. Oder berichtet man im Uni-Info

neuerdings nicht mehr von Demonstrationen? Ich meine, die Aufendarstellung durch das Uni-Info muß die Intentionen der Universität, wie sie etwa in der Grundordnung verankert sind, auch in solchen scheinbaren Kleinigkeiten deutlich machen. Das Uni-Info sollte sich als Zeitung der großen Mehrheit dieser Hochschule verstehen, auch wenn diese sich bisweilen nur als „überst knappe Mehrheit“ in Gremien durchsetzen kann. Prof. Dr. Ulrich Krauer

Musikgruppen eingerichtet

Im Rahmen des Sport- und Kulturprogramms der Universität wurden Musikgruppen eingerichtet. Die Gruppen sind noch offen für weitere Interessenten. **Folk-band:** Montags 19.00, Raum C 111, **Rock-band:** Donnerstags 19.00, Sporttrakt Seminarraum (H 6) **Gitarrenensemble:** Mittwochs 17.15, Übungsräume C-Trakt „Olle Musik“ Donnerstags 18.30, Raum C 121.

Ausschreibung

Zum Sommersemester 1981 sind im FB I einige neue Tutorienstellen zu besetzen. Studierende ab 4. Semester können sich bis zum 23.1.81 dafür bewerben (Postfach Hopf FB I). Bewerbungsunterlagen liegen in der Geschäftsstelle des FB I.

Kino in der Uni

Der AStA zeigt in der Aula der Universität, jeweils mittwochs um 20.00, folgende Filme:
14.1.81: In der Hölle ist der Teufel los
21.1.81: Frenzy
28.1.81: Catch-22
4.2.81: Der blaue Engel
11.2.81: Der lange Blonde mit den roten Haaren.

Veranstaltungen

Bei einer Solidaritätsveranstaltung des AStA am Dienstag, 20. Januar, 20.00, in der Aula spricht der Ex-Generalkonsul Boliviens, Emilio Sanchez, der offen die Machtergreifung des Militärs in Bolivien verurteilt und sie bekämpft, zum Thema „Freiheit für Bolivien“. Bei der Veranstaltung spielt die chilenische Gruppe Piray.

Die Studenten-Gruppe der Bürgerinitiative Umweltschutz Oldenburg führt am Donnerstag, 15.1.81, 20.00, Alhambra, eine Veranstaltung über die Industrieansiedlung in Wilhelmshaven, Dollart-Hafen, Unterelbe, der Nordseeverklappung und deren Auswirkungen auf die Umwelt durch. Zwischendurch werden von der Pantomimengruppe „drei von uns“ (Oldenburg) verschiedene Szenen dargestellt.

Gastvortrag

Professor Dr. Lorenz Krüger, Philosoph an der Universität Bielefeld spricht am Dienstag, dem 20.1.81, um 14.15 im VG 306 zum Thema „Zur realistischen Interpretation wissenschaftlicher Theorien“.

Mediothek

Für die Mediothek haben sich die Öffnungszeiten geändert. Nunmehr ist die Einrichtung von Montag bis Freitag jeweils von 9.30 - 12.00 und am Dienstag und Donnerstag zusätzlich von 13.30 - 15.00 geöffnet.

Fundsache

„Warum soll in einer Universität ausgerechnet der geringe Anteil an monolateralen und monovalenten Tätigkeiten focusartig auf die Schreibkräfte konzentriert werden?“ Zitat aus einem Schreiben eines wissenschaftlichen Mitarbeiters an den Präsidenten.

Keine Dienstleistung für Fachfremde

Es häufen sich die Fälle, daß Angehörige der Universität die Werkstätten der Technischen Betriebs Einheit Polytechnik (TBP) aufsuchen und von den Mitarbeitern Dienstleistungen verlangen, sogar dann, wenn die Mitarbeiter Kurse mit Studierenden abhalten.

Das Fach weist ausdrücklich darauf hin, daß die Aufgabe der Werkstätten der TBP in erster Linie darin besteht, die notwendigen praktischen Anteile des Studienganges Arbeitslehre/Polytechnik sicherzustellen. Für Dienstleistungen für Lehre und Forschung im Werkstattbereich sind die Werkstätten der Technischen Betriebs Einheit Naturwissenschaften (TBN) zuständig. Inzwischen befindet sich auch dort eine voll eingerichtete Holzwerkstatt mit einem entsprechend ausgerüsteten Lager.

Korrekturwoche für Veranstaltungsverzeichnis

Vom 19. - 23. Januar ist die Korrekturwoche für das Veranstaltungsverzeichnis SS 1981 angesetzt. Endkorrekturen werden vom 23. - 25. Februar vorgenommen.

Zitat

„Die Gewerkschaften wollen die Freiheit der Wissenschaft in der Forschung nicht beschränken, obwohl auch hier keine Freiheit von sozialer Verantwortung herrschen kann.“ IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler in der Universität Konstanz. Lt. FR v. 15.12.80

Postfächer verlagert

Durch Umbauten im Bauteil A und dem Verbindungstrakt zur Aula mußten die Postfächer in den Bauteil B verlagert werden. Sie stehen jetzt auf dem Gang zum Kammermusiksaal.

Personalien

Prof. Dr. Wilfried Belschner und Dipl.-Psych. Peter Kaiser, Psychologen im FB I, stellten auf dem Weltkongreß für Verhaltenstherapie in Jerusalem im Rahmen eines Symposiums zur Gemeindepsychologie ein Mehrebenenmodell gemeindepsychologischer Handelns vor.

Professor Dr. Karl-Heinz Naßmacher, Politikwissenschaftler im FB III, hat auf einem Seminar des deutschen Instituts für Urbanistik vom 3. bis 7. November 1980 in Berlin einen Vortrag mit dem Thema „Plädoyer für eine Dorfpolitik in Großstädten“ gehalten.

Dr. Eugen Strauß, Physiker im FB IV, hat an der Gesamthochschule Paderborn einen Vortrag zum Thema „Wechselwirkung von Frenkel-Exzitonen in Antiferromagneten“ gehalten.

Dr. Klaus Peter Walcher, Psychologe im Fachbereich I, referiert auf dem 32. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Zürich zum Thema „Elemente einer psychologischen Bedeutungslehre“.

Als wiss. Angestellte wurden eingestellt:

Dieter Giani für das Forschungsvorhaben: „Abbau und Genese von Kohlenwasserstoffen durch Mikroorganismen“ im FB IV
Jürgen Kirchner für das Forschungsvorhaben: Flüssigkeitsoberflächen-Anschlußprojekt an Informatik und Optik im FB IV
Sybilla Löhner, Fachgebiet Pädagogik (FB I)
Dr. Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt für das Forschungsvorhaben „Ländliche Familienstrukturen“ im FB III
Burkhard Schiller für das Forschungsvorhaben: „Integration der Normalisierung“ im FB I.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (04 41) 7 10 01

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (04 41) 2 52 88

JEANS
von **Horten**
Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

TABULA BUCHLADEN
IM HERBART GANG

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büro-
maschinen mit Service und Garantie.
Manuelle Schreibmaschinen ab 85 DM
Elektr. Schreibmaschinen ab 185 DM
Kugelschreibmaschinen ab 699 DM
Weitere Büromaschinen auf Anfrage.
Donnerschwer Str. 91
2900 Oldenburg
Ruf 04 41 / 8 51 25
Verkauf Mo-Fr 17 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl
B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

2 Stunden
Examensarbeiten-Service
Fotokopien DIN A 4 -, 10
Buchbindarbeiten
Zeitschriften Berichte
HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 23 97

Jaciform
Das ist der superbequeme Jaciform-Schuh. So breit, wie die Natur den Fuß geschaffen hat. Den gibt's in Oldenburg nur bei **EGGERS**
Das Fachgeschäft für fußgerechte Schuhe
Edewechter Landstraße 89
Telefon 50 27 63
Mittwoch nachmittags geschlossen

spanhakes bastelgalerie
oldenburg burgstrasse 2 tel. 97488
spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf
spanhake
oldenburg - lange strasse 48 telefon 0441/27488

KOPIERDIENST OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 63 74
KOPIERPREIS
je Stück
DIN A 4 DM **0,10**
DIN A 3 DM **0,15**

Landessparkassen-Immobilien dienst
ÖBS Immobilien GmbH
OLDBURG-MARKT RUF 0441/2371
Landesbausparkasse der Sparkassen

Mit der OBS den Grundstein legen.
ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN